



Muba bezahlt neu das Tram-Billett

Die Mustermesse will die Umwelt schonen und zum klimaneutralen Anlass werden

Von Dina Sambar

Basel. Wer dieses Jahr mit dem öffentlichen Verkehr an die Muba fährt, kann sich im ganzen Tarifverbund Nordwestschweiz das Billett sparen. Es ist neu im Muba-Ticket inbegriffen. Diese Massnahme soll die Besucher dazu motivieren, mit Bahn, Tram und Bus anzureisen. Und die Muba selbst soll so in Zukunft klimafreundlicher werden. Das erklärte Ziel ist die CO₂-Neutralität. Deshalb ist die Gratis-ÖV-Fahrt nur eine von mehreren Änderungen. «Die Idee, klimaneutral zu werden, schwirrt schon lange in unseren Köpfen», sagt Muba-Messeleiter Daniel Nussbaumer. Der Auslöser, dies nun tatsächlich umzusetzen, sei die BaZ gewesen. «Wir wurden gefragt, ob das Tram im Muba-Billett inbegriffen ist, und mussten das verneinen. Daraufhin beschlossen wir, das Thema gesamtlich anzupacken.»

Vom Verein Energie Zukunft Schweiz wurde dazu die CO₂-Bilanz der letztjährigen Muba erstellt. Das Resultat: Die Messe müsste 959 Tonnen CO₂ einsparen, um klimaneutral zu werden. Das entspricht, laut Zahlen von Myclimate, 3 644 200 gefahrenen Autokilometern, 959 Hin- und Rückflügen von Zürich nach Zypern oder dem CO₂-Jahresausstoss von 105 EU-Bürgern.

Übriges Essen wird verschenkt

Das klingt nach unglaublich viel, ist es offenbar für eine Messe aber nicht: «Dies ist im Vergleich zu anderen Events in der gleichen Grössenordnung schon sehr erfreulich», sagt Corinne Gasser vom Verein Energie Zukunft Schweiz. Entgegen kommt der Muba bei ihrem Ansinnen, dass das Messegebäude ein Minergie-Zertifikat besitzt, eine Solaranlage auf dem Dach hat und gut mit dem ÖV erreichbar ist. Verbesserungspotenzial ortet Gasser in den Bereichen Mobilität und Gastronomie.

Die An- und Abreise der Messe-Besucher trägt am meisten zu den CO₂-Emissionen bei, weshalb bei den Gratis-ÖV-Tickets mit dem grössten Effekt gerechnet werden kann. Die Muba selbst wird auch auf eine eigene Fahrzeugflotte verzichten und greift, wenn nötig, auf Wagen des Carsharing-Unternehmens Catch a Car zurück. Für Besucher gibt es während der Muba



Mit Bus, Tram und Zug. Die zahlreichen Muba-Besucher sollen vermehrt mit dem öffentlichen Verkehr anreisen.

direkt neben dem Haupteingang 20 betreute Catch-Car-Parkplätze.

Was Nussbaumer persönlich sehr am Herzen liegt, ist das Thema Nahrungsverschwendung: «Es stört mich, wenn Essbares im Müll landet. Heutzutage sieht man das leider oft.» Deshalb beteiligt sich die Muba neu am «Food Sharing»-Projekt. Die Aussteller werden übrig gebliebene Lebensmittel und Gerichte am Ende des Tages nicht mehr in den Abfall werfen, sondern in speziellen Kühlschränken auf dem Messeplatz deponieren. An diesen Abholstationen soll sich dann jeder bedienen können. Gegessen und getrunken wird weiterhin aus Mehrweggeschirr.

Mit der Initiative «Original Regional» soll der regionale Genuss gefördert werden. «Regionale Produzenten erhalten bei uns relativ preisgünstig einen Stand. Eine halbe Halle ist voller Produkte nur aus der Umgebung», sagt Nussbaumer, der selber stark auf saisonale, regionale und fleischarme Ernährung achtet. Hinzu kommen noch weitere kleinere Massnahmen. So wird auf den Postversand der Ausstellerunterlagen verzichtet, die Muba-Zeitung ist aus Recyclingpapier und auf dem ganzen Messegelände stehen Recycling-Tonnen zur Verfügung.

Widersprüche vorprogrammiert

Zudem sollen die Besucher für das Thema Energie sensibilisiert werden. In einem «Klassenzimmer», für das sich auch Schulklassen anmelden können, werden Themen wie Energiesparen und Solarenergie interaktiv behandelt. Bei der «Energy Challenge» treten jeweils zwei zufällige Besuchergruppen auf Velos gegeneinander an. Die Gruppe, welche heftiger strampelt und somit mehr Strom erzeugt, gewinnt. Und wer genügend Fragen zu Energiethemen richtig beantworten kann, darf Elektrokart fahren. «Wir werden bereits dieses Jahr fast CO₂-neutral sein», ist Nuss-

baumer überzeugt. Ihm sei jedoch klar, dass im komplexen Messeumfeld Widersprüche unausweichlich sein werden: «Wo diese konkret liegen, weiss ich noch nicht, sonst würden wir bereits jetzt versuchen, sie zu eliminieren.»

Die Kosten für die zusätzlichen Massnahmen können laut dem Muba-Messeleiter noch nicht konkret genannt werden, da beispielsweise die Ausgaben für den ÖV von der Anzahl der Besucher abhängen, die das Angebot nutzen. Klar sei jedoch, dass die eingeleiteten Schritte insgesamt teurer zu stehen kommen, als wenn man sich die CO₂-Neutralität mit einer Kompensation erkaufte hätte: «Erstaunlicherweise hätte das nur rund 15 000 Franken gekostet, wir werden ein Mehrfaches davon ausgeben», sagt Nussbaumer. Der Einkauf von CO₂-Kompensationen sei erst die letzte Lösung. «Sie kommt erst infrage, wenn wir all unsere eigenen Möglichkeiten ausgeschöpft haben.»

Höhere Preise für Parkkarten

Regierung will weniger Autos

Von Mischa Hauswirth

Basel. Es gibt in den Basler Quartieren mehr Autofahrer, die Parkplätze für Fahrzeuge suchen, als es Parkmöglichkeiten gibt. «Heute liegt die Auslastung vor allem in den dicht bewohnten Quartieren abends teilweise bei 100 Prozent», schrieb die Basler Regierung gestern in einer Mitteilung. Angestrebt wird nun eine 75-prozentige Auslastung der Strassenparkplätze. Ziel sind 90 bis 95 Prozent. Das soll sich der Suchverkehr reduzieren.

Künftig soll jeder zehnte öffentliche Parkplatz frei sein. Wenn ein Autofahrer innert einer angemessenen Frist einen Parkplatz findet, erhöht sich damit auch die Lebensqualität in den Quartieren. Um das Ziel zu erreichen, braucht es Massnahmen: Einerseits möchte die Regierung private Quartierparkings für Anwohnerinnen und Anwohner fördern. Andererseits werden die Preise für Parkkarten erhöhen. Mehr Quartierparkings zu erwirken, braucht es eine finanzielle Förderung und eine rechtliche Anpassung. Das bedeutet beispielsweise, dass Anwohnerparkings nicht mehr nur für Anwohner sein sollen. Ausserdem sollen neue Parkplätze in einem Quartierparking nur noch dort vollständig ausgebaut werden, wenn die Aufhebung von Parkplätzen im Strassenraum kompensiert werden kann. Die Parkplatzauslastung im Quartierparking soll nicht ohnehin schon zu hoch sein.

Die Regierung fährt jedoch weiterhin mit ihrer Strategie, die Nachfrage nach Parkplätzen im öffentlichen Strassenraum zu reduzieren. Deshalb sollen die Preise für Parkkarten steigen. Zumindest bislang die Anwohner 140 Franken für eine Parkkarte, sind neu 284 Franken fürs Jahr zu bezahlen. Um die Verdoppelung zu rechtfertigen, macht die Regierung einen Vergleich mit anderen Städten. In Zürich kostete eine Anwohnerparkkarte 300 Franken pro Jahr, in Luzern 600 Franken. Damit liegt der Preis für die heutige Anwohnerparkkarte deutlich unter diesem Preisniveau. Die Pendlerparkkarte soll neu 860 Franken statt wie bisher 700 Franken kosten. Durch diesen Aufschlag erhöhen sich die Einnahmen im Pendlerfondsrund vier Millionen Franken pro Jahr. Zur Verordnungsänderung wird eine öffentliche Vernehmlassung geben.

Basel schwimmt im Geld, aber die Steuern sollen nicht sinken

Jahresrechnung 2017 weist Überschuss von 251 Millionen Franken aus. Trotzdem laufen Bürgerliche bei Finanzdirektorin Eva Herzog

Von Christian Keller

Basel. Angesichts der proppenvollen Tresore, über die Kassenwartin Eva Herzog (SP) verfügt, wäre es an der gestrigen Medienorientierung zur Jahresrechnung 2017 am besten gewesen, den Journalisten zumindest Kaffee (in goldenen Tassen) und Gipfeli (aus edlem Bäckerhaus) zu servieren. Geizig, wie man im Staate Basel schon immer war, belies man es bei «Blätterli-Wasser». Aber wenden wir uns in ernsthafte Absicht den wesentlichen Inhalten zu, welche den letztjährigen Abschluss prägen.

Es sind einmal mehr erfreuliche Zahlen, die Finanzdirektorin Herzog präsentieren konnte. Der Kanton Basel-Stadt erzielte 2017 einen Überschuss von 251 Millionen Franken. Das sind 108 Millionen Franken mehr als ursprünglich budgetiert. Die Einnahmen bei den natürlichen Personen blieben nach dem Ausnahmejahr 2016 zwar 26 Millionen Franken unter den Erwartungen, dafür lagen die Steuererträge bei den Unternehmen 89 Millionen Franken über der Prognose.

Es liegt auf der Hand, dass die mar-

mitglied und SVP-Grossrat Alexander Gröflin den Kurzkommentar, den er der BaZ zur Jahresrechnung übermittelte. «Das Strickmuster beim basel-städtischen Kantonsbudget hat zwei Farben: Budgetiert wird hellgrün, abgeschlossen wird dunkelgrün.» Gröflins Partei bezog in einem Communiqué klar Stellung: Es sei «zwingend», dass der «hohe Überschuss» nun an die Bevölkerung zurückgegeben werde.

Reif für «Steuerreform für alle»

Nach dem 13. positiven Ergebnis in Folge sei Basel reif für eine «Steuerreform für alle», verlangt auch der Gewerbeverband. Die während Jahren erwirtschafteten Mehrerträge zeigten auf, dass der Kanton Basel-Stadt Steuererträge generierte, «die er für die Erbringung seiner Aufgaben gar nicht benötigte und damit der Bevölkerung und den Unternehmen entzog, welche das Geld für den Konsum oder Investitionen hätten einsetzen können», schreibt Patrick Erny, Leiter Politik. Im Zusammenhang mit der eidgenössischen «Steuervorlage 17» hatte der Gewerbeverband bereits im Januar die

Herzog erteilt derlei Begehrligkeiten eine Abfuhr. Man dürfe sich von den Zahlen nicht täuschen lassen. Die Magistratin wies ausdrücklich darauf hin, dass das überraschend gute Resultat nur «dank Sonderfaktoren» zustande gekommen sei. Dazu zählen nebst dem Plus bei den Unternehmenssteuern nicht kalkulierte Zusatzerträge bei Erbschafts- und Schenkungssteuer (plus 34 Millionen Franken), Vermögensgewinnsteuer (plus 22 Millionen Franken) und Vermögensverkehrssteuer (plus sechs Millionen Franken). Weil die Nationalbank fette Gewinne einfuhr, fiel die Ausschüttung 2017 elf Millionen Franken höher aus – und auch bei der eidgenössischen Verrechnungssteuer strich Basel neun Millionen Franken extra ein.

Abzüglich dieser einmaligen Effekte beziffert das Finanzdepartement den Überschuss auf 130 Millionen Franken. «Solide scheint mir der treffende Aus-

druck zu sein, um die Jahresrechnung 2017 zu bewerten», sagte Herzog. Sie fühlt sich in ihren bisherigen Annahmen bestätigt. Tatsächlich liegen die 130 Millionen Franken nur unwesentlich höher als die 120 Millionen Franken, die das Basler Staatswesen gemäss Hochrechnungen nach Umsetzung der Steuervorlage 17 einsparen muss. Das von Herzog geschnürte Steuerpaket sieht deutlich tiefere Steuersätze bei den Firmen sowie steuerliche Entlastungen bei den Privaten inklusive sozialer Ausgleichsmassnahmen vor.

Zum Widerstand der Wirtschaftsverbände, die sich gegen geplante höhere Dividendenbesteuerung und Kinderzulagen wehren, gab sich die Magistratin wortkarg. Wie laufen die Verhandlungen? «Es ist noch nichts spruchreif», meinte Herzog bloss. Nach Informationen der BaZ hat sie bislang aber nicht Hand zu einem Kompromiss

KENNZAHLEN IM ÜBERBLICK

In Millionen Franken	Rechnung 2016	Budget 2017	Rechnung 2017	Abw. abs. R17/B17	Abw. abs. R17/B16
Gesamtaufwand	-4016	3011	3070	59	59

konkret angesetzt wird, um die Vor-